

Fragen an die Wahlkreis-Kandidat\*innen zur Bundestagswahl 2017

## Oekologie

1. Alle relevanten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit den aktuell in Deutschland beschlossenen Maßnahmen die Ziele des Pariser Klima-Abkommens weit verfehlt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Umsetzung der Pariser Ziele – auf Bundes- und Hamburger Ebene - vor? Sollte Deutschland bei den CO<sub>2</sub>-Preisen vorangehen, wenn sich kurzfristig keine Einigung auf europäischer Ebene erzielen lässt?

**Antwort:** Für uns sind die Pariser Klimaziele nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Es braucht größere Ziele, die im Notfall auch schon im Alleingang angegangen werden müssen. Wir fordern den Erhalt aller Regenwälder und ein Verbot der Abholzung durch zum Beispiel internationale Großkonzerne. Auf Bundesebene fordern wir eine Steuerreform für Arbeit und Umwelt. Legale Arbeit ist zu entlasten, der Ressourcenverbrauch ist stärker zu belasten. Dadurch wächst der Druck zur längerfristigen Nutzung z.B. technischer Produkte und zur Anwendung und Erforschung neuer, energiesparender Technologien. Die EEG-Umlage ist ausschließlich auf diejenigen Branchen zu beschränken, deren internationale Wettbewerbsfähigkeit durch erhöhte Belastung nachweislich gefährdet ist (Stromkompensationsliste von 15 Branchen laut EU-Kommission ist Grundlage).

Für Hamburg fordern wir die ausschließliche Nutzung von Landstrom für hier liegende (Kreuzfahrt-)Schiffe. Die Elbvertiefung lehnen wir ab. Wir fordern ein Tempolimit von grundsätzlich 30 km/h, für große Verkehrsstraßen in Ausnahme auch 50 km/h. Wir fordern eine Weiterentwicklung des Stadtbildes zur Förderung von Radverkehr durch breite Spuren zu Lasten mehrspuriger Fahrbahnen für Autos. Diese müssen getrennt voneinander gebaut werden um die Sicherheit und Akzeptanz zu erhöhen. Vorbild ist hier Kopenhagen.

2. In welchem Zeitrahmen sollte Deutschland aus der Kohleverstromung ausscheiden? Was bedeutet das für das Kraftwerk Moorburg?

**Antwort:** Wir fordern einen Kohleausstieg bis zum Jahr 2030. Auch für das Kraftwerk in Moorburg würde das die Schließung bedeuten. Die dort direkt betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen rechtzeitig durch langfristig orientierte Maßnahmen auf zukünftige Arbeitsplätze vorbereitet werden. Dazu gehören individuell angepasste Schulungen und Fortbildungsmaßnahmen, die eine Perspektive bieten.

3. Ein Hauptgrund für die zunehmende Überschreitung der „Planetaren Grenzen“ ist die Missachtung des Verursacherprinzips, d. h., die fehlende Internalisierung externer Kosten, insbesondere bei fossilen Energien und in der Landwirtschaft. Welche Verbesserungen planen Sie in diesen Bereichen? In welchen Zeiträumen?

**Antwort:** Die unter Punkt 1 angesprochene Steuerreform für Arbeit und Umwelt trägt in ihrer konkreten Ausgestaltung zur Internalisierung der Kosten durch Steuern auf den Verbrauch von Ressourcen bei. Dies muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Ressourcenverbrauch ist hier global zu sehen und schließt den Abbau von Rohstoffen sowie den Verbrauch von Primärenergie ein. Zudem müssen auch hohe Emissionen z.B. die industrielle Massentierhaltung besteuert werden. Auch dieses lässt sich kurzfristig umsetzen.

## Soziales

4. Durch die „Industrialisierung 4.0“ wird von vielen Seiten ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen vorausgesagt? Wie wollen Sie darauf reagieren? Welche Auswirkungen betreffen Hamburg?

**Antwort:** Wir rechnen mit einem Verlust der klassischen Arbeitsplätze, jedoch auch ein Entstehen neuartiger Beschäftigungsmöglichkeiten. In welchen Teilen, kann heutzutage noch nicht abgeschätzt werden. Hauptaufgabe wird sein, betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute schon auf den Wandel vorzubereiten und aktiv mit einzubeziehen.

Wichtig ist uns in diesem Bereich auch der Punkt Bildung. Menschen müssen ihren Wert und ihr Potenzial erkennen lernen. Dies geschieht durch Elternhäuser, gut ausgebildete Erzieher und Lehrer mit viel Zeit für die Kinder (niedrige Betreuungsschlüssel und geringere Klassenstärken). Da Bildung zu großen Teilen Ländersache ist, würde Hamburg mit uns in Verantwortung hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

In unserer Partei wird darüber hinaus die Möglichkeit der Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens diskutiert. Wir stehen diesem Konzept offen gegenüber und wollen dieses auf einer möglichst breiten Basis in der gesamten Gesellschaft weiter diskutieren. Zunächst werden jedoch umfangreiche Reformen im Sozialsystem und im Bereich der Arbeit benötigt (z.B. Steuerreform Arbeit/Umwelt, dort steuerliche Entlastung der Arbeit).

Ferner streben wir im Sinne der Postwachstumsökonomie eine Reduzierung der Arbeitszeiten an. Je mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Arbeitszeit reduzieren, desto mehr können (bislang) Arbeitslose (wieder) in Arbeit kommen.

5. Die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung, der große Niedriglohnsektor in Deutschland, die teilweise sehr geringe Besteuerung der Gewinne internationaler Konzerne wird von vielen Leuten als ungerecht empfunden. Die ungleiche Entwicklung gilt für Hamburg in besonderem Maße. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Verringerung dieser Ungerechtigkeiten vor?

**Antwort:** Wir fordern einen Mindestlohn von 12 €/Stunde. Zudem schlagen wir eine Befreiung des Grundbedarfs (Grundnahrungsmittel, Gesundheit, Bildung, ÖPNV) von der Umsatzsteuer vor, ferner eine Umsatzsteuer von 7% auf weitere Lebensmittel und Bücher und 19 % auf weitere Produkte und Dienstleistungen vor.

Kapitalerträge und weitere Einkommensarten sind genauso hoch zu besteuern wie Arbeitseinkommen. Zudem fordern wir eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine höhere Erbschaftssteuer. Kleine und mittlere Erwerbseinkommen sind zu entlasten. Gesetzeslücken zur Vermeidung von Unternehmenssteuern müssen effektiv geschlossen werden.

## Ökonomie

6. Das vorrangige Ziel der Politik ist wirtschaftliches Wachstum, gemessen in BIP. Halten Sie BIP-Wachstum für unbegrenzt fortsetzbar oder sehen Sie Grenzen des Wachstums? Falls Sie Grenzen sehen, wie soll die Politik auf diese Grenzen reagieren? Vor dem Hintergrund, dass diverse Finanzierungssysteme bei Rentenversorgung, Gesundheitsleistungen oder öffentliche Investitionen auf dem Prinzip zukünftigen Wachstums aufbauen, braucht es Reformen dieser Finanzierungssysteme?

**Antwort:** Wir verstehen uns als wachstumskritische Partei. Das BIP-Wachstum ist nicht unbegrenzt fortsetzbar. Unser Motto „Mensch vor Profit“ stellt den Menschen in den Fokus und nicht den Profit. Gleiches gilt in Bezug auf unsere Umwelt. Es ist nicht tragbar, dass die Bestrebung auf kurzfristigen Profit (von z.B. Aktiengesellschaften, deren Dividende daran gemessen wird) zu Lasten einer langfristig gesünderen Entwicklung gehen. Wir benötigen eine Reform des Wirtschaftssystems und der Bemessungsgrundlage gesellschaftlichen Wohlstandes. Hier sind verschiedene Ideen (Postwachstumsökonomie, Gemeinwohlökonomie, solidarische Ökonomie) denkbar, die politisch umgesetzt werden sollen. Hier ist ein breiter Diskurs der Öffentlichkeit notwendig. Unternehmen sollten verpflichtet werden,

*Gemeinwohlbilanzen zu erstellen, die die Bemessungsgrundlage für ihren Erfolg und der Besteuerung darstellen. In jedem Fall müssen die bestehenden Finanzierungssysteme reformiert werden.*

7. Das BIP misst über den Markt vermittelte Wirtschaftsleistung, aber nicht die Wohlfahrt der Menschen? Sollte das BIP durch andere Indikatoren ersetzt oder ergänzt werden? Falls ja, durch welche? Was halten Sie vom Hamburger Wohlfahrts-Index?

**Antwort:** *Die Bemessungsgrundlage des gesellschaftlichen Wohlstandes muss reformiert werden. Das BIP ist in dem Zusammenhang nicht aussagekräftig, da ein steigendes BIP nachweisbar negative Auswirkungen auf Ökologie, Gerechtigkeit, ... hat. Es braucht mehrere Indikatoren. Der Hamburger Wohlfahrtsindex ist eine gute Grundlage der Berechnung des gesellschaftlichen Wohlstandes, da er eine breite Basis durch ca. 20 Indikatoren besitzt. Die rein monetäre Bewertung der einzelnen Kriterien ist jedoch zu überprüfen.*

8. Die Finanzkrise 2008 ist durch Spekulationen in der Finanzsphäre ausgelöst worden. Ist aus Ihrer Sicht genug unternommen worden, um für die Zukunft derartige Finanzkrisen zu verhindern und ein Überspringen von Crashes in der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft zu unterbinden? Falls nein, was möchten Sie unternehmen?

**Antwort:** *Es ist unserer Meinung nach nicht genug getan. Wir fordern eine globale Finanztransaktionssteuer, die Trennung der Banken in Kredit- und Investmentinstitute, eine stärkere Regulierung von Spekulationsfonds, ein Verbot von Derivaten ohne Grundgeschäfte und eine erweiterte Haftung von Banken bei nicht sorgfältiger oder irreführender Anlageberatung.*

9. Deutschland hat einen ökologischen Fußabdruck, der – verallgemeinert – „drei Erden“ entspricht; Hamburg verbraucht sogar noch mehr. Die von der Politik propagierte Lösung für zukünftiges Wachstum bei Einhaltung der planetaren Grenzen ist die Erhöhung der Energie- und Ressourcen-Effizienz. Jede Effizienz-Erhöhung wird jedoch begleitet von Rebound-Effekten, die sie zumindest teilweise wieder aufheben. Sollte Politik die Suffizienz, d.h., die Verringerung der persönlichen Ansprüche an ressourcenintensive Waren und Dienstleistungen, ins Kalkül ziehen? Falls ja, wie könnte das angegangen werden?

**Antwort:** *Unserer Meinung nach steht vor der Steigerung der Effizienz die Vermeidung des Ressourceneinsatzes, denn jeder nicht gefahrene Kilometer, jedes nicht gebaute Auto (usw.) trägt unmittelbar zu einer Reduktion bei. Bezogen auf den notwendigen Einsatz von Ressourcen und Energie trägt unsere oben beschriebene stärkere Besteuerung des Verbrauchs zu einer Reduktion bei. Dabei müssen alle Beteiligten von sparsamem Verhalten profitieren oder eben den intensiven Verbrauch bezahlen (als Beispiel sei hier der Vermieter genannt, der eventuell hohe Energiekosten auf seine Mieter umlegen kann und somit finanziell nicht benachteiligt wird). Jedoch stehen wir Verboten skeptisch gegenüber.*

## Nachhaltigkeit

10. In Zukunft wird es zu immer größeren Zielkonflikten zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und Einhaltung der planetaren Grenzen sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDG) – mit dem SDG-Leitmotiv „Leave no one behind“ - auf der anderen Seite kommen. Wie sollen diese Zielkonflikte aufgelöst werden?

**Antwort:** *Wir müssen durch oben beschriebene Ziele und Maßnahmen weg von einem Wirtschaftswachstum um jeden Preis mit dem Bestreben nach kurzfristigem Profit hin zu einer Wirtschaftsentwicklung, die langfristig und nachhaltig orientiert ist. Phasen des wirtschaftlichen Abschwunges müssen toleriert und durch geeignete Maßnahmen zur Abfederung der nachteiligen Entwicklung abgesichert werden. Wir unterstützen die Kernziele der Global Marshall Plan Initiative und fordern deren Umsetzung laut unserem Bundespolitischen Programm.*

11. Teilen Sie die Forderung der UN-Agenda 2030 von 2015 und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung WBGU, dass es einer grundlegenden „sozial-

ökologischen Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft bedarf, um die Welt zukunftsfähig zu machen?

**Antwort:** *Diese Forderung teilen wir vollumfänglich. (siehe auch Frage 10).*

12. Es gibt Kritik an der repräsentativen Demokratie. Zum einen könnten die Parlamente mit unzureichender Kontrolle über ihre „eigenen“ Angelegenheiten (z. B. Diäten, Altersversorgung, Korruptions-vermeidung, Karenzzeiten) selbst entscheiden. Zum anderen würden die großen und langfristigen Zukunftsaufgaben einer nachhaltigen Entwicklung nicht adäquat behandelt. Teilen Sie diese Kritik? Falls ja, welche Verbesserungen schlagen Sie vor?

**Antwort:** *Unserer Ansicht nach ist der Kernpunkt des Vertrauensverlusts in die repräsentative Demokratie die Intransparenz politischer Entscheidungen. Es kann nicht sein, dass Gesetze von Lobbyisten geschrieben werden oder zumindest der Eindruck entsteht. Wir fordern die Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters.*

*Zudem bedarf es der einer klaren und transparenten Parteienfinanzierung. Die ÖDP nimmt daher seit ihrem Bestehen keine Firmenspenden an und fordert ein generelles Verbot der Firmenspenden für alle Parteien. Wir schalten keine Werbung in unserer Parteizeitung und lassen unsere Parteitage nicht „sponsern“. Somit können wir unabhängige Politik zum Wohle aller machen. Darüber hinaus fordern wir ein Limit von 50.000 Euro für Spenden von natürlichen Personen.*

*Des Weiteren fordern wir, dass Abgeordnete ihre Einkünfte genau offenlegen. Erstattungsfähige Auslagen sind zu belegen. Die Altersversorgung ist über die gesetzliche Rentenversicherung zu regeln. Die Amtszeit des Bundeskanzlers/Bundeskanzlerin muss auf zwei Legislaturperioden beschränkt werden.*

13. Die Hamburger Zivilgesellschaft hat sich bereits mehrfach zur Umsetzung der o.g. SDGs zu Wort gemeldet – so z.B. der Zukunftsrat Hamburg 2016 mit dem Papier „Hamburg und die Nachhaltigkeitsziele der UN von 2015“ sowie der zivilgesellschaftliche „Ratschlag“, in dem die großen Nichtregierungsorganisationen 2017 Forderungen an den Senat formuliert haben. Sind diese konkreten Forderungen des Ratschlags der Hamburger NGOs in Ihr Programm übernommen worden?

**Antwort:** *Viele Ziele und konkrete Forderungen der beschriebenen Veröffentlichungen decken sich mit unserem Programm. Wir kämpfen für deren Umsetzung auf politischer Ebene und verstehen und als Partner von NGO's.*